



EUROPAWAHLEN 2019

EINE HANDREICHUNG DES
EKD-BÜROS BRÜSSEL



**Der Bevollmächtigte
des Rates der EKD bei der
Bundesrepublik Deutschland
und der Europäischen Union**

Dienststelle Brüssel

Herausgeber

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
Der Bevollmächtigte des Rates
Dienststelle Brüssel
Rue Joseph II 166 · 1000 Brüssel · Belgien

Leitung

OKR'in Katrin Hatzinger

Kontakt

Tel. 0032 (0)2 230 16 39
Fax 0032 (0)2 280 0108

Redaktionsschluss

4. März 2019

Redaktion

katrin.hatzinger@ekd.eu

Internet

www.ekd.eu

Bildnachweis

Titelfoto: EKD-Dienststelle Brüssel
Fotos Innenseiten: Wenn nicht anders angegeben
stammen die Bilder von Pexels.com und sind
gemeinfrei (Public Domain) entsprechend der
Verzichtserklärung Creative Commons CC0,
oder sind gemeinfreie Bilder aus dem Internet.
Bei den Graphiken wurden die entsprechenden
Quellen angegeben.

Vorwort

OKR'in Katrin Hatzinger



Am 26. Mai 2019 finden in Deutschland die Europawahlen statt. Die Wählerinnen und Wähler haben dann die Chance, mit ihrer Stimme die künftige Richtung der Europapolitik mitzugestalten. Die Europäische Union befindet sich weiter im Krisenmodus: der anstehende Brexit, der Streit um die Aufnahme von Flüchtlingen und die Debatte um die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn schwächen den Zusammenhalt und spalten die Europäische Union. Nutznießer dieser Vertrauenskrise sind europafeindliche Parteien, die angesichts der oft bürokratisch und abgehoben anmutenden Entscheidungen aus „Brüssel“ die EU als Feindbild ausgemacht haben. Marine Le Pen und ihr „Rassemblement National“ wollen zurück zu einem Europa der Nationen, die AfD will gleich das gesamte Europäische Parlament abschaffen und aus der EU austreten, wenn die sich nicht nach ihren Vorstellungen verändert. Ungarns Ministerpräsident Orbán (Fidesz) und der italienische Innenminister Matteo Salvini (Lega Nord) streben an, die „Eliten in Brüssel wegzufegen“ und „das Zeitalter der universellen Menschenrechte“ zu beenden. Um die demokratischen und pro-europäischen Parteien zu stärken und den destruktiven Kräften etwas entgegenzuhalten, sollten wir am 26. Mai 2019 unsere Stimme abgeben. Das heißt nicht, zu allen EU-Entscheidungen „Ja und Amen“ zu sagen, im Gegenteil. Die evangelische Kirche begleitet die EU-Politik seit Jahren durchaus kritisch, aber immer konstruktiv. Dabei war das Europäische Parlament in der Mehrzahl seiner Mitglieder in den letzten fünf Jahren bei der Umsetzung vieler kirchlicher Anliegen ein wichtiger Verbündeter.

Für uns als Christinnen und Christen ist Europa lebendiger Ausdruck des ökumenischen Gedankens von Einheit in Vielfalt und in Zeiten von nationalen Egoismen, von Abschottung und Abgrenzung eine starke Antwort auf Populismus und Extremismus. Doch in den letzten Jahren spiegelt sich die Polarisierung innerhalb der europäischen Gesellschaften in Streit und Uneinigkeit auf der EU-Ebene wieder. Deshalb gilt es für die Zukunft, wieder Vertrauen unter den europäischen Partnern herzustellen und das gemeinsame über das eigene Interesse zu stellen. Auch die Kirchen können hier über ihre ökumenischen Partnerschaften Dialogräume schaffen.

Die Zukunft der EU geht uns als Kirchenmitglieder etwas an. Viele der großen Herausforderungen vom Klimawandel, der Digitalisierung, über Asyl und Migration und den sozialen Zusammenhalt bis hin zur Friedenssicherung können nur gemeinsam bewältigt werden. Wenn der politische Wille vorhanden ist, kann die EU viel bewegen, zuletzt durch ein einheitliches Auftreten im Handelsstreit mit den USA, durch das Aushandeln des Atomabkommens mit dem Iran, als größte Geberin von Entwicklungshilfe weltweit oder bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele.

Am 26. Mai geht es darum, welches Europa wir wollen. Es kommt auf Ihre Stimme an!

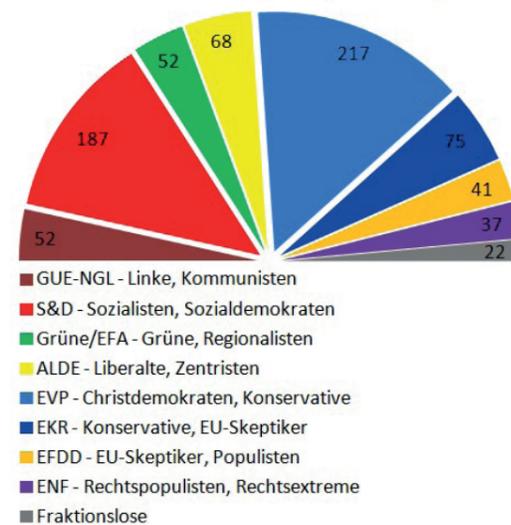
Rolle und Funktionsweise des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der EU und ist gemeinsam mit dem Rat als Vertretung der nationalen Regierungen verantwortlich für die Gesetzgebung und den Haushalt der EU. Ohne das Parlament kann daher innerhalb der EU fast nichts beschlossen werden. In den vergangenen Legislaturperioden hat das Europäische Parlament zunehmend an Einfluss gewonnen und ist ein wichtiger Akteur in den Politikfeldern, die aus evangelischer Perspektive besonders relevant sind.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Momentan gibt es im Parlament 751 Abgeordnete. In der Europawahl 2019 werden jedoch voraussichtlich nur 705 Sitze zu besetzen sein. Der Grund für diese Änderung ist der EU-Austritt Großbritanniens nach dem Brexit-Referendum 2016. Mit 96 Sitzen stellt Deutschland als bevölkerungsreichstes Land der EU die meisten Abgeordneten. Alle fünf Jahre wird das Parlament auf nationalen Listen von den Wählerinnen und Wählern in den Mitgliedstaaten der EU direkt gewählt. Die Bürgerinnen und Bürger in den EU-Mitgliedstaaten können mit ihrer Stimme also die Gesetzgebung in Europa mitbestimmen.

Die aktuelle Zusammensetzung des Europäischen Parlaments bei 751 Sitzen (Stand Januar 2019)



Aufgabe und Funktion des Parlaments

Als Teil der europäischen Gesetzgebung vertritt das Europäische Parlament alle europäischen Bürgerinnen und Bürger. Es hat allerdings, wie auch der Rat, kein Initiativrecht und kann deswegen selbst keine Gesetze auf den Weg bringen. Das ist die Aufgabe der Europäischen Kommission. Mit Ausnahme der Außen- und der Steuerpolitik ist jedoch für alle Gesetze die Zustimmung des Parlaments erforderlich. In den thematischen Ausschüssen des Europäischen Parlaments wird über alle Gesetzesentwürfe der Kommission ausführlich beraten und die Position des Parlaments fachlich ausgearbeitet, bevor die Haltung des Parlaments in Form eines Berichts im Plenum verabschiedet wird. Für jeden von der Europäischen Kommission vorgelegten Gesetzentwurf wird in den damit befassten Ausschüssen eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter als sogenannter Berichterstatter

benannt. Er oder sie erarbeitet den Bericht des Parlaments und versucht dabei, unterschiedliche Standpunkte der verschiedenen Fraktionen in Einklang zu bringen. Alle Abgeordneten gehören einem oder mehreren Ausschüssen an.

Darüber hinaus genehmigt das Parlament den Haushalt der EU und ist so für die Finanzierung vieler Projekte und Fördergelder in Europa verantwortlich.

Auch die Kontrolle der Europäischen Kommission fällt in den Aufgabenbereich des Parlaments. Es wählt die neue Kommissionspräsidentin bzw. den Kommissionspräsidenten, bestätigt die Ernennung der Kommission und kann die Kommission zum Rücktritt zwingen.

Die Spitzenkandidaten und die Wahlprogramme der deutschen Parteien

Auch die deutschen Parteien haben Spitzenkandidaten und -kandidatinnen, die an der Spitze der nationalen Wahllisten der jeweiligen Partei stehen. Jede Wählerin und jeder Wähler hat eine Stimme, die sie oder er in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl der Liste einer Partei oder einer sonstigen politischen Vereinigung geben kann.

Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten sowie die Wahlprogramme der sechs größten deutschen Parteien werden im Folgenden kurz vorgestellt.



Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) / Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

Manfred Weber wurde zum ersten gemeinsamen Spitzenkandidaten von CDU und CSU gewählt. Weber ist Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament und darüber hinaus stellvertretender Parteivorsitzender der CSU.

Die CDU und die CSU werden ein gemeinsames Wahlprogramm zeitgleich am 25. März 2019 verabschieden. In diesem Programm wollen sie auf innere sowie äußere Sicherheit in der EU setzen, die gemeinsame europäische Verteidigung stärken, die Unternehmen der EU wettbewerbsfähig halten und Forschung fördern.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Katarina Barley wurde auf der Europadelegiertenkonferenz der SPD zur Spitzenkandidatin für die Europawahl 2019 gewählt. Barley ist aktuell Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz und wird bis zur Europawahl im Mai 2019 als Ministerin im Amt bleiben.

Die SPD wird ihr Parteiprogramm am 23. März 2019 beschließen. In ihrem Programm will sich die SPD für ein soziales Europa, eine gemeinsame Verteidigung, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Besteuerung von Großunternehmen der Internetbranche und Datensicherheit einsetzen.



Freie Demokratische Partei (FDP)

Die Delegierten auf dem Europaparteitag wählten Nicola Beer zur Spitzenkandidatin der FDP. Beer ist seit 2013 Generalsekretärin der FDP.

Die allgemeinen Ziele des Wahlprogrammes der FDP sind institutionelle Reformen, die Förderung von Bildung und Innovation, die Stärkung gemeinsamer Werte, eine europäische Einwanderungspolitik, ein/e europäische/r Außenminister/-in sowie eine dynamische europäische Wirtschaft.



Bündnis 90 / Die Grünen

Ska Keller und Sven Giegold wurden zu den Spitzenkandidaten der Grünen gewählt. Keller ist seit 2016 Chefin der Fraktion der Grünen im Europäischen Parlament und war zuvor Grünen-Landeschefin in Brandenburg. Giegold ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments und Mitgründer von Attac Deutschland.

Die übergeordneten Ziele des Wahlprogrammes der Grünen sind es, die Klimakrise zu bekämpfen, Europas Demokratie zu verteidigen, für sozialen Ausgleich innerhalb Europas zu sorgen, eine europäische Mindestlohnrichtlinie einzuführen sowie Menschen in Seenot zu retten und legale Fluchtwege zu schaffen.



Die Linke

Özlem Alev Demirel und Martin Schirdewan sind die Spitzenkandidaten der Linken für die Europawahl. Demirel war bei der vergangenen Landtagswahl Spitzenkandidatin der Linken in Nordrhein-Westfalen während Schirdewan seit 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments ist.

Die Linke hat ihr Wahlprogramm Ende Februar 2019 verabschiedet. Sie will sich für ein soziales Europa, gegen eine europäische Armee und Aufrüstung, für die Besteuerung von Großunternehmen und die stärkere Regulierung des Binnenmarktes einsetzen.



Alternative für Deutschland (AfD)

Jörg Meuthen wurde bei der Europawahlversammlung der AfD zum Spitzenkandidaten gewählt. Meuthen ist Vorsitzender der AfD und seit Ende 2017 einziges Mitglied der AfD im Europäischen Parlament.

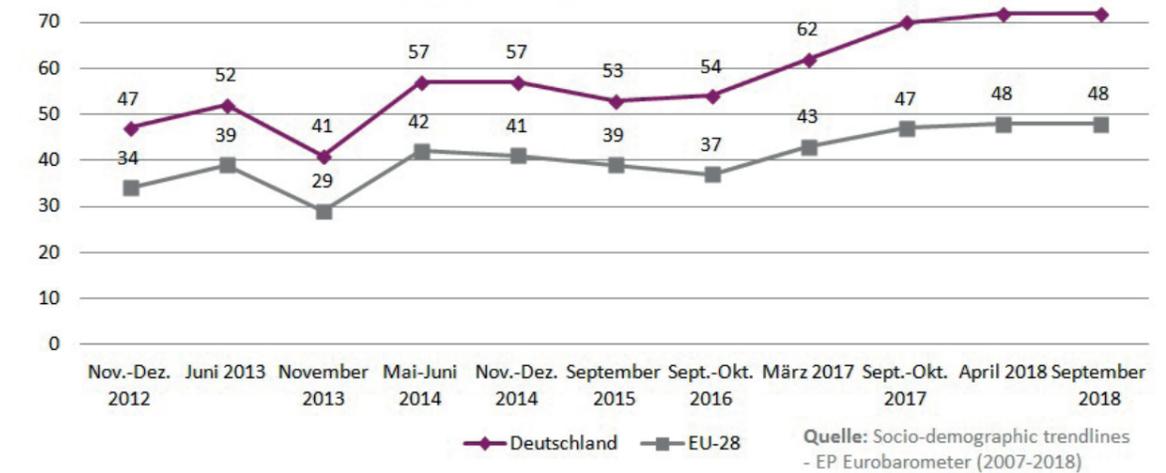
In ihrem Programm fordert die AfD die Abschaffung des Europäischen Parlaments, die Begrenzung jeglicher Migration und eine Rückkehr zu nationalstaatlichen Kompetenzen. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, erwägt die AfD den EU-Austritt Deutschlands.

Europapolitik geht uns Protestanten etwas an!

In der vergangenen Legislaturperiode hat das Europäische Parlament sich zu zahlreichen Politikfeldern positioniert. Viele davon betreffen Themen, für die sich auch evangelische Christinnen und Christen einsetzen. Dabei sind zahlreiche evangelische Anliegen von den Parlamentariern aufgegriffen und verstärkt

worden. Aus den Bereichen der europäischen Umwelt-, Asyl- und Migrationspolitik, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, der Jugend-, Sozial- und Regionalpolitik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik seien hier einige Beispiele herausgegriffen, die verdeutlichen sollen, **dass Ihre Stimme zählt.**

Meine Stimme zählt in der EU (Angaben in %)



In dieser Umfrage des Eurobarometers wurden Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten gefragt, ob sie der Meinung sind, dass ihre Stimme innerhalb der EU zählt, sprich gehört wird und mit zu Veränderungen beiträgt. Insbesondere in den letzten Jahren lässt sich ein positiver Trend feststellen.



Der Halbkreis des Europäischen Parlaments in Straßburg während einer Plenarsitzung. (Diliff © wikipedia.org)

Ihre Stimme zählt ...

... für weniger Plastikmüll und den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Die Umwelt- und Klimapolitik der EU zielt u.a. auf den Erhalt und Schutz der Umwelt sowie einer umsichtigen Verwendung der natürlichen Ressourcen ab. Zum Abschluss des Pariser Klimaabkommens von 2015 hat die EU einen wichtigen Beitrag geleistet und sich verpflichtet, bis 2030 die Treibhausgase um 40 % gegenüber 1990 zu reduzieren und die Energieeffizienz um 27 % zu steigern. Ferner befördert sie die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Die EU wird politisch außerdem beispielsweise in der Bekämpfung der Luft- und Wasserverschmutzung, der Förderung der Artenvielfalt sowie bei der Vermeidung von Plastikmüll tätig.

Ausgewählte Ergebnisse der Legislaturperiode 2014-2019:

- **EU-Emissionshandel:** Um einen wesentlichen Teil der im Pariser Abkommen eingegangenen Verpflichtung zu erfüllen, haben das Europäische Parlament und die anderen EU-Institutionen das EU-Emissionshandelssystem für die Zeit nach 2020 überarbeitet und sich u.a. auf eine Verknappung der CO²-Emissionszertifikate und auf die Förderung CO²-armer Innovationen geeinigt.
- **Kreislaufwirtschaft:** Um eine stärker kreislaforientierte Wirtschaft voranzutreiben, hat das Europäische Parlament neue verbindliche Ziele für die Abfallverringerung und überarbeitete Vorgaben zur Reduzierung von Abfallerzeugung, der Förderung der Wiederverwendung und der Verbesserung von Recycling mitbeschlossen.
- **Plastikmüll:** Das Europäische Parlament hat für ein Verkaufsverbot innerhalb der EU ab 2021 von Einwegbesteck, Wattestäbchen, Strohhalmen und Rührstäbchen gestimmt, die über 70% der Abfälle im Meer ausmachen. Kunststoffe, die nicht durch andere Materialien ersetzt werden können, sollen bis 2025 um mindestens 25% verringert werden.

Ihre Stimme zählt ...

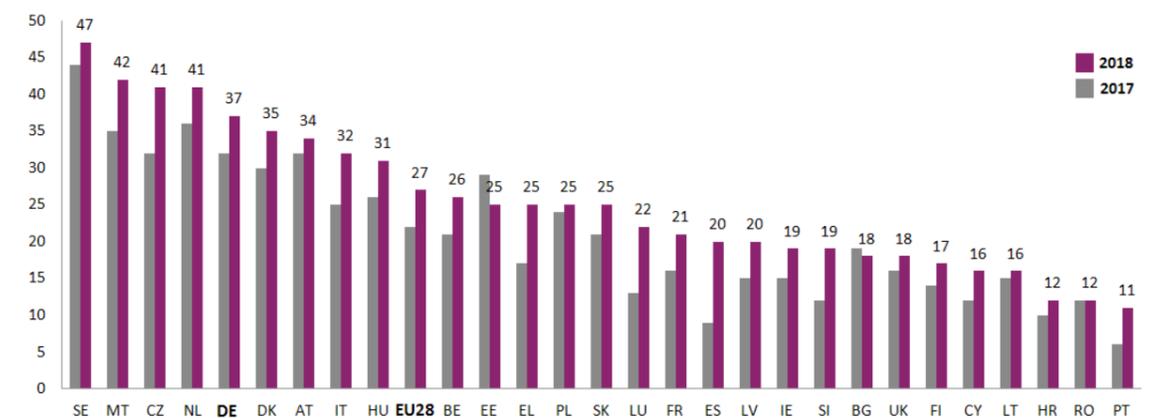
... für eine menschenwürdige Asyl- und Migrationspolitik

Die EU arbeitet an einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik. Hierfür erlässt das Europäische Parlament gemeinsam mit dem Ministerrat Gesetze, die u.a. gewährleisten sollen, dass jedem Drittstaatsangehörigen, der in einem der Mitgliedstaaten internationalen Schutz benötigt, ein angemessener Status gewährt wird. Daneben bestimmt das Parlament als Mitgesetzgeber z.B. auch die Regeln zur Visaerteilung und zur Abschiebung und freiwilligen Rückkehr von Drittstaatsangehörigen.

Ausgewählte Ergebnisse der Legislaturperiode 2014-2019:

- **Legale und sichere Wege für Schutzsuchende:** Das Europäische Parlament hat sich in verschiedenen Berichten u.a. für Neuansiedlung und humanitäre Visa und damit für die *Schaffung von legalen und sicheren Wegen für Schutzsuchende* nach Europa eingesetzt.
- **Ein faires Dublin-System:** Das Europäische Parlament engagiert sich dafür, im Rahmen der Reform der Dublin-Verordnung die *Verteilung von Asylbewerbern* innerhalb der EU gerechter auszugestalten. Während sich alle Mitgliedstaaten an der *Aufnahme von Schutzsuchenden* beteiligen sollen, würden bei der Zuweisung z.B. familiäre Verbindungen oder vorherige Aufenthalte in einem bestimmten Mitgliedsland berücksichtigt werden.

Sollte das Europäische Parlament der Ermittlung einer gemeinsamen europäischen Antwort auf das Thema Migration Priorität einräumen?



Im Vergleich der Parlameter-Studien von 2017 und 2018 lässt sich erkennen, dass sich europaweit ein wachsender Prozentsatz der Bürgerinnen und Bürger eine gemeinsame europäische Antwort auf das Thema Migration wünscht.

Ihre Stimme zählt ...

... für Menschenrechte, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit

Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte sind als Werte der EU in Art. 2 des EU-Vertrags verankert. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union macht die Grundrechte für den Einzelnen sichtbar und untermauert den Anspruch der EU als Wertegemeinschaft. Das Europäische Parlament setzt sich in seiner Arbeit aktiv für den Schutz dieser Grundrechte ein.

Ausgewählte Ergebnisse der Legislaturperiode 2014-2019:

- **Transparenz:** Das Europäische Parlament verstärkte die *Transparenz* der europäischen Politik durch Regelungen, die weit über die Praxis in Deutschland hinausgehen, so müssen Abgeordnete, die z.B. als Ausschussvorsitzende fungieren, alle geplanten Treffen mit Interessensvertretern aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im Internet veröffentlichen.
- **Rechtsstaatsverfahren:** Im Jahr 2018 verabschiedete das Europäische Parlament Entschließungen, um das sogenannte *Rechtsstaatsverfahren* gegen Ungarn und Polen zu unterstützen, da es die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien wie Meinungsfreiheit oder die Unabhängigkeit der Gerichte innerhalb der beiden Mitgliedstaaten in Gefahr sieht.
- **Datenschutz:** In Bezug auf die Rechte der Bevölkerung hat sich das Parlament in den letzten Jahren verstärkt für die Sicherheit und den *Schutz der persönlichen Daten von europäischen Bürgerinnen und Bürgern* eingesetzt, z.B. durch die Verabschiedung der *Datenschutz-Grundverordnung 2016*. Sie regelt die Verarbeitung personenbezogener Daten durch private Unternehmen und öffentliche Stellen in der EU.

Ihre Stimme zählt ...

... für eine zukunftsweisende Jugend- und Bildungspolitik

Die Europäische Union ist seit 1988 im Bereich der Jugend- und Bildungspolitik tätig. Dabei ist das Europäische Parlament an der Ausarbeitung verschiedener EU-Förderprogramme (z.B. Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps) beteiligt. Diese ermöglichen und finanzieren u.a. internationale Jugendbegegnungen oder Freiwilligentätigkeiten junger Menschen.

Ausgewählte Ergebnisse der Legislaturperiode 2014-2019:

- **Freiwilliges Engagement:** Seit 2016 bietet das vom Europäischen Parlament mitbeschlossene Programm namens *Europäisches Solidaritätskorps* u.a. finanzielle Förderung für Freiwilligendienste innerhalb und außerhalb der EU-Mitgliedstaaten.
- **Jugendarbeitslosigkeit:** Das Europäische Parlament hat sich für die *Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit* in Europa eingesetzt, u.a. indem junge Menschen verstärkt bei der Job-, Praktikums- oder Ausbildungssuche sowie bei der Suche nach Qualifikationsmöglichkeiten unterstützt werden.
- **Erasmus+:** Derzeit verhandelt das Europäische Parlament gemeinsam mit den anderen Europäischen Institutionen u.a. über das neue *Erasmus+-Programm* und setzt sich für eine Verdreifachung der Fördergelder ein, die u.a. für internationale Jugendbegegnungen oder internationale Fachkräfte-Austausche in der Jugendarbeit genutzt werden können.

Ihre Stimme zählt ...

... für eine höhere Lebensqualität in den Städten und Regionen in Deutschland und Europa!

Die Europäische Union macht sich für lebenswerte Städte und Regionen in Europa und für den Abbau von Diskrepanzen im Lebensstandard zwischen den Regionen Europas stark. Das Europäische Parlament legt die Grundsätze der finanziellen Unterstützung für die Städte und Regionen Europas fest und stellt entsprechende Fördermittel zur Verfügung. Dabei investiert die EU unter anderem in die Stärkung der lokalen Wirtschaft, in die Förderung der sozialen Eingliederung von benachteiligten Bevölkerungsgruppen sowie die Bekämpfung von Armut und Diskriminierung und den Umweltschutz.

Ausgewählte Ergebnisse der Legislaturperiode 2014-2019:

- **Städteagenda:** Das Europäische Parlament hat sich für eine bessere, effektivere und effizientere europäische Stadtpolitik eingesetzt.
- **Budget:** Das Parlament hat sich im Hinblick auf den *neuen EU-Haushalt (2021-2027)* dafür eingesetzt, dass die Förderung der Regionen auf dem derzeitigen Niveau erhalten bleibt und sich für einen soliden *EU-Haushalt in Höhe von 1,3% des Bruttonationaleinkommens* der 27 EU-Mitgliedstaaten stark gemacht.
- **Reform der EU-Regionalpolitik:** Das Parlament hat vereinfachte Regeln für Investitionen in allen EU-Regionen für die Jahre 2021-2027 angenommen, um die Regionen der Europäischen Union lebenswerter zu machen, indem vor allem *zukunftsweisende, umweltfreundliche und soziale Projekte* gefördert werden.

Ihre Stimme zählt ...

... für ein soziales Europa!

Im Bereich der Sozialpolitik gibt es eine geteilte Zuständigkeit. In Artikel 151 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist festgehalten, dass die EU und die Mitgliedstaaten in den Bereichen Soziales und Beschäftigung gemeinsam u.a. folgende Ziele verfolgen: Förderung der Beschäftigung, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, angemessener sozialer Schutz, sozialer Dialog und Bekämpfung von Ausgrenzung. Dementsprechend hat die EU Rechtsvorschriften für Arbeitsbedingungen, Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz erlassen sowie Fonds und Instrumente geschaffen, um die Politik der Mitgliedstaaten besser zu koordinieren.

Ausgewählte Ergebnisse der Legislaturperiode 2014-2019:

- **Europäische Säule sozialer Rechte:** Das Europäische Parlament hat im November 2017 zusammen mit den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission die neu geschaffene *Europäische Säule sozialer Rechte* ausgerufen, einen Katalog wesentlicher Grundsätze der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik, wie z. B. mehr Inklusion, gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Mindestsicherung.
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** Die vom Parlament verabschiedete *Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie* setzt das Recht von Eltern und pflegenden Angehörigen auf angemessene Freistellung, flexible Arbeitszeitregelungen und den Zugang zu Betreuungs- und Pflegediensten um.
- **Bekämpfung von Lohndumping:** Vom Europäischen Parlament wurde eine überarbeitete Version der *Entsenderichtlinie* beschlossen, wonach für Menschen, die von ihrem Unternehmen in ein anderes EU-Land entsandt werden, *der gleiche Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen* wie für ihre Kolleginnen und Kollegen vor Ort gelten. Auf diese Weise sollen die Arbeitnehmer vor *Betrug, Ausbeutung und Sozialdumping* geschützt werden.

Welche der nachfolgenden Gründe sind für die Ansicht, dass Ihr Land von der Mitgliedschaft der EU profitiert hat, am wichtigsten? (Max. 3 Antworten)



EU-weite Umfrage zur Wahrnehmung der Vorteile der EU (Angaben in %). Die Länderkürzel geben die Staaten mit den höchsten Nennungen an.

Ihre Stimme zählt ...

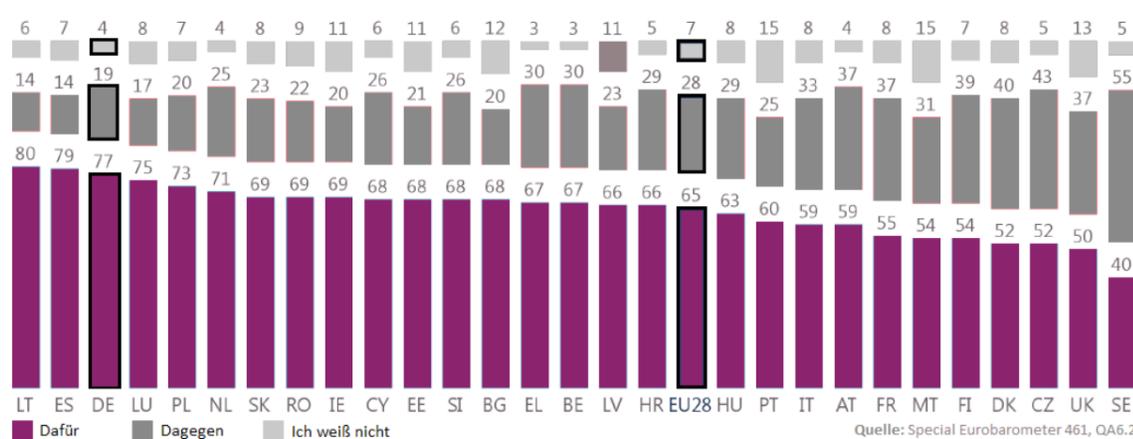
... für ein an rechtem Frieden orientiertes Europa in einer friedlichen und sicheren Welt!

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU wird von den Mitgliedstaaten beschlossen. Die GASP zielt u.a. darauf ab, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Menschenrechte und die Grundsätze des Völkerrechts zu festigen und zu fördern sowie den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken. Teil der GASP ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die militärische und zivile Missionen und Operationen u.a. zur Friedenssicherung und Konfliktverhütung umfasst. Das Europäische Parlament bringt sich in die GASP und GSVP in erster Linie durch seine Haushaltsbefugnisse, Anhörungsrechte und Aussprachen ein.

Ausgewählte Ergebnisse der Legislaturperiode 2014-2019:

- **Waffenexportkontrolle:** Das Europäische Parlament prangert immer wieder die ungenügende Kontrolle von Waffenexporten durch die EU-Mitgliedstaaten an und fordert mehr *Transparenz und Konvergenz* bei den Exporten sowie die Sanktionierung von Mitgliedstaaten, die sich bei Waffenexporten nicht an die vereinbarten Regeln halten.
- **Effizientere Verteidigungszusammenarbeit:** Das Europäische Parlament unterstützt den Vorschlag einer „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“, bei der die Mitgliedstaaten auf freiwilliger Projektbasis *gemeinsame Verteidigungsfähigkeiten* entwickeln, ihre *Verteidigungsstrukturen besser vernetzen* und gemeinsam bürokratische Hürden abbauen.
- **Eine starke diplomatische Stimme:** Um eine geschlossene, einheitliche und schnelle diplomatische Reaktion der EU auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen gewährleisten zu können, fordert das Europäische Parlament die Beschlussfassung des Europäischen Rates und des Ministerrates durch den Übergang von Einstimmigkeit zur *qualifizierten Mehrheit* zu beschleunigen.

Sind Sie für oder gegen eine gemeinsame europäische Außenpolitik?



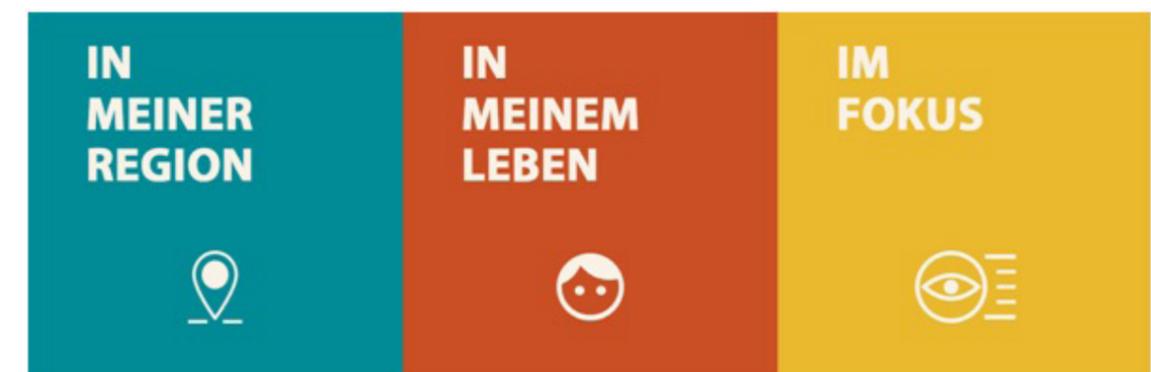
In dieser Umfrage des Eurobarometers wurden Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedstaaten gefragt, ob sie für oder gegen eine gemeinsame europäische Außenpolitik sind (Angaben in %). Die Länderkürzel geben die 28 EU-Mitgliedstaaten an.

Weitere Informationen

- Auf dieser Info-Seite informiert das Europäische Parlament über die anstehende Europawahl, das Wahlsystem und die Akteure der Wahl. Darüber hinaus finden sich **Erklärvideos zum Prozedere der Wahl** und den **Aufgaben der Mitglieder des Europäischen Parlaments** auf der Seite: www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/elections
- Auf dieser Seite informiert die Bundeszentrale für politische Bildung über die Hintergründe der Wahl. Darüber hinaus stellt die Seite **Ideen, Werkzeuge und Materialien zur pädagogischen Begleitung der Wahl** vor: www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl-2019
- **Zahlen und Fakten** zur EU sowie zur kommenden Wahl sind hier zu finden: www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa

Zum Ausprobieren

- Auf „**EU and Me**“ informiert die EU themenspezifisch und interaktiv über Politiken und Projekte der EU und bietet so die Möglichkeit, selbst zu entdecken, was sich inhaltlich alles hinter dem Begriff der Europäischen Union verbirgt. So bietet die Seite unter anderem Informationen und Förderprogramme zum Berufseinstieg für junge Menschen in der EU. www.europa.eu/euandme/ 
- „**What Europe does for me**“ ist Teil der „EU and Me“-Kampagne des Europäischen Parlaments und bietet die Möglichkeit, interaktiv zu entdecken, welche Bereiche des eigenen Lebens von der EU gestaltet und auch finanziert werden. www.what-europe-does-for-me.eu/de



- „**Diesmal wähle ich**“ ist die Mitmachkampagne für Erstwähler und Erstwählerinnen des Europäischen Parlaments und soll junge Menschen dazu bewegen, einerseits selbst wählen zu gehen und andererseits auch ihr Umfeld zum Wählen zu motivieren. www.diesmalwaehleich.eu

Informationen über Ihre Abgeordneten

Das **deutsche Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments** stellt die Abgeordneten des EU-Parlaments, sortiert nach Bundesländern, vor:

www.europarl.europa.eu/germany/de/europa-und-europawahlen/die-deutschen-europa-abgeordneten-nach-bundesl%C3%A4ndern

Auf **AbgeordnetenWatch** können Fragen an die Abgeordneten des EU-Parlaments gestellt werden, die diese dann in der Regel beantworten:

www.abgeordnetenwatch.de/eu

Die englischsprachige Seite **VoteWatch** ermöglicht es, detaillierte Einblicke in das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten des EU-Parlamentes zu gewinnen. Dabei kann nach Parteien, Politikfeldern und Regionen gefiltert werden:

www.votewatch.eu/en/term8-european-parliament-latest-votes.html

Downloads

- Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet darüber hinaus auch **eine Broschüre in leichter Sprache** zur Europawahl 2019 an. Diese kann online kostenlos bestellt, als **Hörbuch** angehört oder heruntergeladen werden. Das Heft ermöglicht es Menschen, denen das Lesen schwerfällt bzw. die gerade Deutsch oder Lesen lernen sich über die Europawahl zu informieren. Mit kurzen Sätzen, einem übersichtlichen Layout sowie mit der Vermeidung und Erklärung von Fachbegriffen eignet sich das Heft gut, um sich einfach zu informieren und kann in Schule und Erwachsenenbildung eingesetzt werden.

www.bpb.de/shop/lernen/einfach-politik/283704/europa-waehlt



- Das Amt für Veröffentlichungen der EU bietet darüber hinaus noch viele weitere spannende Materialien, wie **Karten oder Bildungsmaterialien, zu unterschiedlichen europäischen Themen:**

www.publications.europa.eu/de/web/general-publications/publications



Kontakt: EKD-Büro Brüssel
Rue Joseph II 166 · 1000 Brüssel · Belgien
Tel.: 0032 (0) 2 230 16 39
ekd.brussel@ekd.eu



**Der Bevollmächtigte
des Rates der EKD bei der
Bundesrepublik Deutschland
und der Europäischen Union**

Dienststelle Brüssel